

Volkstimme

Eingelnummer 30 Pg.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., G. Trautenbergstr. 17. Fernspr. 6802. Erscheinende täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonntag u. Feiertagen in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Verlag v. G. Trautenberg, Halle a. S., Marktstr. 27. Fernspr. 5407. Postfachnummer 2799 g Nr. 87573

Nr. 2

Bezugspreis: Durch Abnehmer postfrei monatlich 6,00 Mk. einschließlich Frachtkosten. Für Abnehmer 5,50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18,- monatlich 6,00 Mk. einschließlich Postgebühren.

Halle, Dienstag, den 4. Januar 1921

Abdruck aus dem „Volk und Zeit“ ist ohne schriftliche Erlaubnis des Verlegers nicht gestattet. Die Haftung für den Inhalt der Artikel ist dem Verfasser vorbehalten. Druck 2.50 Mk. Schluss der Anzeigenannahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

5. Jahrgang.

Die Notenfut.

Aus Helfferichs Blattszeit — Die Steuerhinterziehungen — Joubaux über Deutschland.

Eine Note gegen die Flugpolizei.

Es ist fast unmöglich, alle die zwischen Deutschland und den Alliierten geschickten Noten ausgiebig zu behandeln. Man kann sie nur registrieren in einzelnen Fällen, denen weniger Wichtigkeit beigemessen wird, geschieht das noch nicht einmal. Jetzt wird eine neue Note der Entente bekannt: Die Weisheitskonferenz hat am 31. Dezember u. J. folgende Note an die deutsche Friedensdelegation in Paris geschickt:

Unter dem 4. Dezember haben Sie der Konferenz eine Note überreicht, in der die deutsche Regierung erklärt, an der Ansicht festhalten zu müssen, daß eine Ausstattung der Polizei mit Luftfahrgeräten weder gegen den Vertrag von Versailles noch gegen die Abmachungen von Spa verstoßen würde. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Konferenz nach erneuter Prüfung der Frage nun in aller Form ihre früheren Entscheidungen aufrechterhalten kann.

Das Bestehen einer Luftpolizei steht offenbar im Widerspruch zu Artikel 198 des Vertrages und die Bildung von Ausbildungs-Geschwadern für die Polizei würde dem Art. 3 des Artikels 162 direkt zuwiderlaufen. Außerdem haben die Alliierten Regierungen in ihrer Note vom 22. Juni bei Erstellung der Genehmigung zu einer Vermehrung der deutschen Polizei die Bedingung gestellt, daß diese mit einer Bewaffnung versehen würde, die ihrer Aufgabe zu entsprechen habe und von der Kontrollkommission zu bestimmen sei. Die Kontrollkommission hat genaue Bestimmungen über diese Bewaffnung getroffen. Eine Ausstattung mit Flugzeugen ist dabei nicht vorgesehen. Die Konferenz sieht keine Veranlassung, eine Revision dieser Entscheidung anzuordnen.

Neben dieser Note gegen die Luftpolizei sind noch zwei andere Noten eingelaufen. Die eine besteht aus der Forderung der Verstärkung der Weisheitsdelegationen, wie ich schon eine frühere die vollständige Weisheitsdelegation im Osten Deutschlands forderte. Außerdem hat Deutschland durch das Auswärtige Amt dem Vorhaben der internationalen Untersuchungskommission für das Landwehr eine neue Note zu der von der Entente wieder geforderten Auflösung der Sicherheitspolizei überreichen lassen.

Die Verhandlungen der Beamtenverbände mit der Regierung.

Berlin, 3. Jan. Heute fand im Reichsfinanzministerium zwischen Vertretern der Reichsregierung und Vertretern der führenden Organisationen der Beamten und Arbeiterschaft des Reiches, insbesondere der Eisenbahner, in Anwesenheit von Vertretern der Länder eine Aussprache über die bestehende Notlage und deren Abheilung statt. Von beiden Seiten wurden die für die weitere Erledigung der Angelegenheit dienlichen Gesichtspunkte erörtert, und durch die gegenseitige offene Söberung der tatsächlichen Verhältnisse der Beamten und Arbeiterschaft wie der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Reiches eine allgemeine Orientierung geschaffen, die eine weitere Verhandlung ermöglicht. Am Mittwoch, dem 5. Januar, werden die Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und dem Sachverständigenrat der Eisenbahner, am Freitag, dem 7. Januar, zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Beamtenbund nebst Gutachterauschuß aufgenommen werden.

Berlin, 4. Jan. Nach den Berichten der Blätter haben die geistigen Verhandlungen der Regierung mit den Vertretern der Beamten nach anfänglich erregter Debatte zu einer Annäherung beider Parteien geführt. Es besteht die Hoffnung, daß man in den ferneren Besprechungen nicht nur mit dem Deutschen Beamtenbund, sondern auch mit den Eisenbahnern zu einem Vergleich kommen werde.

Das Abstimmungsergebnis der Eisenbahner im Direktionsbezirk Berlin ergab 80,94 Prozent für den Streik als letztes gewerkschaftliches Mittel. Nach Blättermeldungen aus Dresden, Breslau, Königsberg, Hamburg-Altona hat die Abstimmung unter den Eisenbahnern auch dort eine starke Mehrheit für die eventuelle Anwendung des Streiks ergeben.

Spannung zwischen Georgien und Aserbaidschan.

Berlin, 3. Jan. Wie die georgische Gesandtschaft mitteilt, wurde die letzte Note von Tiflis über Batum, die gleichzeitig an die Regierungen von England und Georgien gerichtet war, von der georgischen Regierung mit nachfolgender Note beantwortet: Die Stadt und der Bezirk Batum sind ein natürlicher und untrennbarer Bestandteil der georgischen Republik. Deshalb dürfen Kündigungen für

die Unverletzlichkeit von Batum, wenn dieser eine Gefahr drohen sollte, von keinem andern herrühren, als von der Regierung Georgiens.

Das georgische Volk, das um den Preis schwerster Prüfungen seine Freiheit erlangt, wird jeglichem Versuch, seine Hoheitsrechte anzutasten, entschieden Widerstand leisten. Wenn Georgien in dieser Frage von irgendwelcher Seite Mithilfe begeht, wird es dieses als Ausbruch feindschaftlicher Beziehungen zum georgischen Volk dankbar entgegennehmen.

Jedlicher Versuch zur Verletzung der Hoheitsrechte Georgiens muß als ein Ausfluß imperialistischer Bestrebungen erachtet werden, ebenso auch Kündigungen zum Schutze von Batum, die ohne Wissen und Einwilligung der georgischen Regierung verursacht werden.

Die Wahlen in Spanien.

Niederlage der Regierung.

Madrid, 2. Januar. Nach Meldungen unabhängiger Blätter wurden bei den Corteswahlen 179 Abgeordnete der Regierungsparteien gewählt; für fünf Sitze steht das Ergebnis noch aus. Hiernach würden der Regierung an der Mehrheit 21 Stimmen selbst dann fehlen, wenn die noch ausstehenden fünf Wahlergebnisse für die Regierung günstig sein sollten. Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, daß bei den Verhandlungen der Cortes Teile der Konservativen unter Führung von Maura und La Cierva von Hall zu Hall für die Regierung eintreten. Die Regierung hat zu der durch die Wahlergebnisse geschaffenen Lage öffentlich noch nicht Stellung genommen.

Der Finanzvertrag unterzeichnet.

Rom, 1. Januar. Wie die Blätter melden, ist das Abkommen zwischen den Vertretern Finmes und des General Ferrario gestern mittag endgültig unterzeichnet worden. Die Bitte d'Annunzio, an der Spitze der Legionäre Finanzverträge zu dürfen, wurde nicht bewilligt.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in England.

London, 2. Januar. Wie bekanntgegeben wird, hat die Regierung die Absicht, die Zahl der Arbeitslosen in den industriellen Betrieben Englands einzuführen, um dadurch zu ermöglichen, daß mehr Arbeitslose eingestellt werden. Die Regierung will die Arbeiterverbände auffordern, hierbei mitzuwirken.

Kostenförderung und Lohn gestiegen.

London, 2. Januar. Infolge Steigerung der Kohlenförderung werden die Vergülte im Januar eine Lohn-erhöhung von täglich drei Schilling sechs Pence erhalten.

Die Finanznöte der Türkei.

Konstantinopel, 2. Januar. Nach einer Haas-Meldung hätte die Pforte, da ihr alle Geldmittel zur Regelung der rufständigen Beamtengehälter fehlen, Schritte bei den Verbandsmächten unternommen, um die Rückgabe der beschlagnahmten 400 000 Goldpfund zu erlangen, die zur Deckung des Finanzbedarfes für die während des Krieges aufgenommenen inneren Anleihen in der Kaiserlich Osmanischen Bank hinterlegt waren. Die Verbandsmächte haben nunmehr in die Rückzahlung der genannten Summe eingewilligt unter der Bedingung, daß sie unter Aufsicht der internationalen Kontrollkommission nur für Bedürfnisse des Schatzes verwendet wird.

Zusammenschluß Mittelamerikas.

In der Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ wird nach spanischen Blättern die Nachricht über die Einigung, s. d. s. t. r. e. b. u. n. g. e. n. zwischen den mittelamerikanischen Republiken dahin ergänzt, daß Guatemala, Honduras, Nicaragua und Costarica sich unter dem Namen Vereinigte Staaten von Mittelamerika als Bundesrepublik zusammengeschließen hätten. Der neue Staat werde eine einheitliche Flagge führen und nur einen gemeinsamen diplomatischen Vertreter bei den einzelnen Mächten bestellen. Auf das Geschweigen werde vereinbart werden.

Indien strebt nach Selbständigkeit.

Paris, 2. Januar. Nach einer Blättermeldung aus Nagpur hat der indische Nationalkongreß zwei Resolutionen angenommen. Die erste behagt, das indische Volk müsse mit allen geeigneten Mitteln Homerule zu erhalten suchen; die zweite fordert zur Verzögerung der Zusammenarbeit mit den englischen Behörden auf, zur Klärung der Steuern und zum Bestohle des auswärtigen Handels.

Inner noch die bayrischen Einwohnern. Wie der „Vorwärts“ aus München meldet, begibt sich der bayrische Ministerpräsident wegen der bayrischen Einwohnern wieder dieser Tage erneut nach Berlin.

Saben die Beamten das Streikrecht?

Von Th. K o h r, M. D. R.

Der in Aufsicht stehende Streik der Reichseisenbahner rückt die Frage des Streikrechts der Beamten in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Leider scheint der Reichsverkehrsminister aus der Vergangenheit so gut wie nichts gelernt zu haben, denn seine neueste Maßnahme besteht in einem Antistreikgesetz, in dem die Eisenbahndirektionen zur „Bekämpfung des Streikrechts“ aufgefordert worden. In dem Erlaß werden „besondere Richtlinien“ gegeben, in denen es heißt, mit den Beamtenpflichten sei eine Streitigkeit in und außerhalb des Dienstes unvereinbar. Der Erlaß ist ein Gegenstück zu den Kündigungen der Reichsregierung und des Reichspostministers zum Streikrecht der Beamten. Diese letzteren Kündigungen haben bekanntlich die Unabhängige sozialdemokratische Partei veranlaßt, eine Interpellation im Reichstage einzubringen, die im Monat Januar von der Regierung beantwortet werden soll. Bei dieser Gelegenheit wird auch der Erlaß des Ministers Groener zur Diskussion stehen. Inwiefern kann allerdings die zu erwartende theoretische Auseinandersetzung im Parlament durch die taube Praxis überholt sein, denn der Eisenbahnerstreik ist in bedrohliche Nähe gerückt.

Rechtsfragen sind bekanntlich nachfragen und zu allen Zeiten wurde das Recht durch die vorfindenden Nachforschungen der erforderlichen Bedürfnisse angepaßt. Die Frage, ob die Beamten tatsächlich das Streikrecht haben, würde in dem Augenblick entschieden sein, wo es den Beamten gelingt, eine Streikbewegung zu einem friedlichen Ende zu führen. Wenn ganz abgesehen davon, erscheint es gerade jetzt notwendig, einmal die Rechtslage zu untersuchen. Da ist vor allem Dingen davon auszugehen, daß bisher die Auffassung darüber keine einheitliche war, ob die Gewährung des uneingeschränkten Koalitionsrechts gleichbedeutend mit der Gewährung des Streikrechts ist. Die Kündigungen, die die republikanischen Regierungen im Reich und in Preußen veröffentlichten, machen einen Unterschied zwischen Koalitionsrecht und Streikrecht. Diese Kündigungen haben indes keinerlei Gesetzeskraft. Anders steht es mit dem Erlaß der Volksbeauftragten vom November 1918. Durch die Revolution wurden die bis dahin vorhandenen gegebene Körperschaften ihrer Befugnisse entkleidet. An die Stelle jener Körperschaften war als höchste vollziehende Gewalt der Rat der Volksbeauftragten getreten. Seine Beschlüsse haben bis auf den heutigen Tag Gesetzeskraft. Wäre es anders, hätte auch die verfassungsgemäße Nationalversammlung nicht zusammengetreten können. Der hier angezogene Erlaß gewährt nun das volle und uneingeschränkte Koalitionsrecht. Das hat selbst die „Deutsche Tageszeitung“ am 16. April 1919 mit folgenden Worten festgestellt: „Der Erlaß der Volksbeauftragten gewährt auch den Beamten die volle Koalitionsfreiheit ohne jede Einschränkung.“

Daß die politischen Parteien darüber eine geteilte Meinung haben und diese auch sehr deutlich in der 72. Sitzung der Nationalversammlung vom 1. August 1919 zutage trat, ist durchaus begreiflich. Fest steht aber, daß weder die Nationalversammlung noch der gegenwärtige republikanische Reichstag den Erlaß des Rates der Volksbeauftragten abgeändert haben. Im Gegenteil, es liegt hierzu eine klare Zeugung des früheren Reichsministers des Innern, Dr. David, vor, die auspricht, daß die Frage des Streikrechts mit der Erledigung des neuen Beamtenrechts gelöst werden soll.

Wer nun auf dem Standpunkt steht, daß die Gewährung des uneingeschränkten Koalitionsrechts nicht gleichbedeutend ist mit dem Streikrecht, kann mit einem Seiten und Recht behaupten: die Beamten haben auch durch die Revolution das Streikrecht nicht erhalten. Deshalb ist es notwendig, in aller Kürze festzustellen, ob die Worte „Koalitionsrecht“ und „Streikrecht“ identisch sind. Aus den Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, die wohl die gründlichsten Arbeiten auf diesem Gebiete enthalten, geht unabweislich hervor, daß das Koalitionsrecht auch das Streikrecht einschließt. Die genauen Kenner des Arbeiterrechts, die in diesen Schriften mitgearbeitet haben, kommen einmütig zu der Auffassung, daß das Koalitionsrecht ohne Streikrecht keinen Wert hat und darum das Recht zur Arbeitsüberlegung jeder Koalition zueht.

Diese Feststellungen berühren übrigens den Kern der Sache. Bei den meisten Arbeitseinrichtungen ist es die Sorge um das tägliche Brot, die zur Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels geführt hat. Infolgedessen hat das Streikrecht auch seine hohe moralische Bedeutung. Mit Recht sagt Dr. Grabnar in seinem im Jahre 1911 herausgegebenen Buche „Wahlkampf“: „Dem Arbeiter ist Koalitionsrecht nehmen oder verweigern, bedeutet, ihm sein einziges Eigentum, sein Leben selbst rauben.“

Was nun dem Arbeiter bis auf den heutigen Tag zugestanden wurde, nämlich das Recht, seine und seiner Familie wirtschaftliche Existenz mit Hilfe des Streiks zu sichern, wird dem Beamten erlaubt sein, wenn die gleichen Voraussetzungen gegeben sind. Nur wenn die gelegentlichen Vorfälle, die über das Streikrecht der Beamten zu entscheiden haben, feststellen können, daß die wirtschaftliche Not von den

Beamtens und ihren Familien durch finanzielle Härnisse ferngehalten wird, könnten sie den Versuch wagen, das Streikrecht auszuüben. Immer aber bliebe dann nach der Tatfrage bestehen, daß die durch Artikel 109 der Reichsverfassung gestiftete staatsbürgerliche Gleichberechtigung eine Einschränkung erfährt. Wie wenig die Gefahr einer leichtfertigen Arbeitseinstellung, ganz gleich, ob es sich um Arbeiter oder Beamte handelt, besteht, beweist die seit Bestehen der Arbeiterbewegung gemachte Erfahrung, daß die Streiks nur im allerhöchsten Notfalle und immer nur dann zur Anwendung kamen, wenn alle anderen Mittel versagten. Im Jahr 61 der Schriften für soziale Reformen (Der Koalitionsstreik als Problem der Gesetzgebung) heißt es in dieser Beziehung: „Die Arbeiterkoalitionen streben nicht nach dem wirtschaftlichen Kampf, sondern nach der Verhängung von Maßnahmen der berechtigten Organisationen. Wenn die Bewegung zum Kampf übertritt, unternimmt sie den Kampf nicht um des Kampfes willen, sondern weil eine Verbesserung nicht zulässig ist.“ Diese Worte wiederholen, was einer der hervorragendsten Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Karl Legien, des öfteren zum Ausdruck gebracht hat, daß die Gewerkschaften den Streik niemals als Selbstzweck, sondern nur als Mittel zum Zweck anwenden, wenn alle anderen verfallen. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, soweit sie im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengefaßt ist, hat niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß erstens das Koalitionsrecht auch das Streikrecht einschließt und zweitens das uneingeschränkte Koalitionsrecht auch den Beamten zusteht. Einen interessanten Aufschluß darüber geben die Verhandlungen, die zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Deutschen Beamtenbund wegen des Anschlusses des letzteren letzterzeit geführt wurden. In einem an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gerichteten Schreiben vom 4. August 1919 lag das Direktorium des Deutschen Beamtenbundes, den gewerkschaftlichen Grundrissen ist in vollen Umlänge Rechnung getragen. Nach § 2 der Satzungen wendet er zur Erreichung seiner Ziele alle gesetzlichen Mittel einschließlich des Streikrechts an. In dem Antwortschreiben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 1. September wird ausgeführt: „Unter Berücksichtigung des besonderen Arbeitsverhältnisses des Beamten kann nach dem Statut und bei in diesem im Schreiben vom 4. August gegebenen Erläuterungen der Deutsche Beamtenbund als eine Vereinigung gewerkschaftlichen Charakters angesehen werden.“ Zu diesem Schriftwechsel mag noch hinzugefügt werden, daß in den vorausgegangenen Verhandlungen der beiden Bünde ausdrücklich vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund die Anerkennung des Streikrechts auch für die Beamten gefordert wurde. Aus diesen Verhandlungen ergibt sich, daß der Kampf der Regierung und der einzelnen Reichsminister gegen das Streikrecht der Beamten die gefahrte freie Gewerkschaftsbewegung auf den Plan rufen wird, weil es sich hier um einen Entscheidungspunkt über eine grundsätzliche Frage handelt. Heftigens haben die Beamten von dem ihnen zustehenden Streikrecht bereits entsprechenden Gebrauch gemacht und zwar nicht nur, um ihre eigene Existenz, sondern um den Bestand der deutschen Republik zu sichern. Wer sich heute gegen das Streikrecht der Beamten wendet, muß sich darüber klar sein, daß auch künftig ein hochverräterisches Unternehmen, wie es in den Märztagen von Kapp erfolgte, sich wiederholen kann. Sollen die Beamten dann, wenn es sich um offensiblen Hochverrat irgendeiner reaktionären Minderheit handelt, ruhig zusehen, wie ihre verfassungsmäßigen Rechte, sowie die sonstigen gesetzlichen Grundgesetze beeinträchtigt werden? Das wird niemand, dem das Fortbestehen der Republik am Herzen liegt, verlangen.

In diesem Zusammenhang verdient die Stellung der politischen Parteien zum Streikrecht der Beamten die größte Beachtung. Zum ersten Male seit Bestehen der Republik hat die Nationalversammlung am 1. August zu den schwersten Beamtenproblemen Stellung genommen. Den Ausgangspunkt bildete eine Interpellation der Deutschen Volkspartei. Zur Begründung ließ die genannte Partei durch den Abgeordneten Dr. Wolf erklären, daß der streikende Beamte ein Widerstreik mit sich selbst sei, er begehe einen Rechtsbruch und verstoße mit dem Streik auf die Rechte, die ihm aus der lebenslänglichen Anstellung zutommen. — Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion führte aus: „Wir halten die volle Koalitionsfreiheit der Beamten einschließlich des Streikrechts für notwendig.“ — Der Zentrumredner sagte: „Die Beamten dürfen ein Streikrecht für sich nicht in Anspruch nehmen.“ Für die Demokraten betonte der Direktor des Deutschen Beamtenbundes, Abgeordneter Kemmers, daß seine politischen Freunde in der großen Mehrheit den Standpunkt vertreten, daß es sich um die Stellung des Beamten nicht vertritt, neben der lebenslänglichen Anstellung noch das Streikrecht in Anspruch zu nehmen. Kemmers hob aber gleichzeitig hervor, daß ihm ein Vertreter des Deutschen Arbeiterbundes folgendes erklärt habe: „Wenn allen Staatsangehörigen das Koalitionsrecht uneingeschränkt eingeräumt sei, müße naturgemäß derjenige, der dieses Recht nicht besitzt, gleichwohl unter die Arbeiter kommen. Unter diesem Gesichtspunkt wäre es unmöglich, namentlich bei den ausgedehnten Berufsämtern, auf das Streikrecht zu verzichten.“ — Der Sprecher der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion erklärte, die Rechte lege so, daß auf Grund der Verordnung der Volksbeauftragten das uneingeschränkte Koalitionsrecht besteht und die Beamten sind eine Verbesserung ihrer Lage durch den Streik herbeiführen kann. Schließlich ließ noch Bezug genommen auf die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung. Bei der Beratung über die Koalitionsfreiheit führte Berichterstatter Ragenfels aus, daß in der Reichsverfassung kein sei, daß die Vereinigungsfreiheit für jedermann und für alle

der Interpretation, die einer der Herren Antragsteller selbst in ihren Worten gegeben hat: das Streikrecht dürfe in keiner Weise beschränkt werden, also es darf zu keiner Zeit, in keiner Notlage, für keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft beschränkt werden, nicht für Eisenbahner, nicht für diejenigen, die die notwendigen Lebensmittel hervorbringen, nicht für Leute, die Gas, Feuer, Wasser in ihrer Hand haben, nicht für landwirtschaftliche Arbeiter.“ Schließlich entschied der Verfassungsausschuß, daß das Wort „Koalitionsfreiheit“ so zu interpretieren sei, daß die Frage des Streikrechts durch die Fällung nicht entfallen wird.

Stinnes' Nobel rollen.

Herr Stinnes, der Generalaufseher bürgerlicher Zeitungen, hat den Gehrgel, nicht nur Zeitungsverleger, sondern auch ein sehr moderner Zeitungsbesitzer zu sein. Das Hauptorgan der in seinem Besitze befindlichen Presse, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, erscheint mit dem 1. Jan. 1921 in völlig neuem Gewande, dem man schon von weitem ansieht, daß es sehr viel Geld kostet. Ueber den Geschmack, der sich in der neuen Färbung der „Deutschen Allgemeinen“ kundgibt, kann man freilich verschiedener Meinung sein, uns interessiert hier auch nur die Tatsache als solche, daß Herr Stinnes mit der ihm eigenen jähen Energie, was freilich kein gutes Recht ist, unternimmt, den bisher nur kleinen Kreisleser seines Blattes gewollt zu erweitern und es zu einem Weltblatt großen Stils umzugestalten. Wir haben schon bei Gelegenheit der zahlreichen Zeitungsaufläufe durch Stinnes darauf hingewiesen, daß die Gefahr der Verschlingung der öffentlichen Meinung immer näher rücken muß, je mehr es Herrn Stinnes gelingt, durch die ihm ergebende über untertane Presse auf einen wachsenden Leserkreis innerhalb des Bürgerturns einzuwirten. Aus diesem Gesichtspunkt heraus verdient die grundlegende Reform der „Deutschen Allgemeinen“ weitgehende Beachtung, denn daß es damit auf den Beförderung im großen abgesehen ist, unterliegt ja wohl keinem Zweifel. Herr Stinnes hat sich augenblicklich dies Geschäft einen scharfen Zahn lassen. In der Neuheftnummer als Leitartikel der Herr Reichsminister, ein Fortsatz, das wirklich festgehalten zu werden verdient; ein rührender Mitarbeiter hat in allen wichtigen Wägen der Welt; lage und schrieb 10 neue Beilagen, und alles dies zu dem erstaunlich billigen Abonnementspreis von monatlich 12 Mark, ein Preis, bei dem jedes andere bürgerliche Blatt gleicher Aufnahme zugrunde gehen muß. So, ja, da, die Stinnes' Nobel.

Das Stefcsit-Haus.

So heißt unter neuer Roman, mit dessen Ausdruck wir am Donnerstag beginnen. Der Roman „Das Stefcsit-Haus“ ist die Geschichte einer rieligen Mietkaffee. Die zahlreichen Bewohner wandern mit ihren Schicksalen in buntem Wirrwarr an uns vorüber. Das Elend des ungarischen Proletariats ist in diesem spannenden sozialistischen Roman, dem wir zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlicht finden, in packender Realität geschildert. Ueber den Dichter fördert uns sein Lieberherr: Der Verfasser des Romans „Das Stefcsit-Haus“, der ungarische Genosse Bela Bacio, wurde im Jahre 1891 in Oberungarn — Kassa — als Kind armer, proletarischer Eltern geboren. Er schloß sich bereits in fröhlicher Jugend der sozialistischen Bewegung an, war ständiger Mitarbeiter der großen ungarischen sozialistischen Zeitungen, in denen er auch zahlreiche Skizzen und Novellen veröffentlichte. Den Krieg machte er als Soldat mit. Da er während Ungarns Räte-Zeit nicht hervortrat, glaubte er nach dem Sturz der ungarischen Räte-Republik in der Republik des Budapest und der Parteilosung. „Máj 30-a“ ungebunden weiterarbeiten zu können. Die ungarischen Verhältnisse bedrückten jedoch nicht, so jemand Kommunist oder Sozialdemokrat war, sie nahmen Bela Bacio am 11. 12. 1920 in einem Automobil gefangen, ermordeten ihn und warfen die gemäßigt verurteilten Leiche in die Donau. Diese schreckliche Mordtat ist dem zukunftsreichen, hochbegabten ungarischen Genossen recht sehr ebenbürtig den zahllosen Ungarischen der Horthy-Mördergarde an, die in der Verfolgung von Sozialisten und in größtenteils Judenprogrammen in der Geschichte menschlicher Verbrechen beispiellos dastehen dürfte.

Reichsregierung und Sozialdemokratie.

Genosse Seimann schreibt in seiner „Soz. Korresp.“: „Was diese jetzt wieder in den Vordergrund tretende Frage: Die höchst feilsche Außenpolitik, die gegenwärtig im deutschen Reich unter dem Namen des Dr. Simons und unter der Leitung von Hugo Stinnes getrieben wird, eine weitere Vabanque-Politik, die einen Vabanquierschicksal für die deutsche Bevölkerung herbeiführen würde, hat den höchsten Widerspruch der gesamten Sozialdemokratie hervorgerufen. Wir zweifeln nicht einen Augenblick daran, daß wenn heute eine Ministerantrag gegen Stinnes im Reichstag zur Abstimmung käme, die gesamte Sozialdemokratie dafür stimmen würde, genau so wie sie den Sorgen und Kummer des kaiserlichen Widerstand entgegenbringt. Bei diesem Zustand der Dinge wäre es fährlich, noch davon zu reden, daß die Sozialdemokratie die gegenwärtige Reichsregierung durch palissaden Oudnen am Leben erhält. Die gegenwärtige Reichsregierung ist weit nach rechts gerückt und lebt ausschließlich von der Gnade der Deutschen Nationalen.“ Eine ganz andere Frage ist die, ob die Sozialdemokratie die Macht hat, die Regierung im Augenblick zu fällen. Das ist außer mehreren Gründen schwierig. Die wichtigsten

Der Brinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848. Von Wilhelm Blos. (43. Fortsetzung.) (Schluß.) Nachdruck verboten. Und so beschloßen sie, ungeachtet aller Einsprüche Thiels, an den bayerischen Kommandanten einen Boten zu senden mit der Mitteilung, daß die Bürgerwehr von Gersdorf die Waffen nur trage, um bis zum Einzug der Bayern die Ordnung aufrecht zu erhalten. Alsdann würde die Bürgerwehr die Waffen niederlegen. „Damit wird Ihre Frau wohl zufrieden sein.“ sagte Thiel, dem Hauptmann Manig auf die Schulter klopfend. Der Hauptmann sah ihn grimmig an und knurrte: „Man läme vielleicht an denken, wenn man gewisse Anführer und Abteilungsleiter des Aufzuges teilnehmen und sie den Bayern ausliefern würde.“ Da erkannte der brave Thiel, daß seine Rolle zu Ende sei. Es war kein Zweifel mehr; er mußte fliehen, wenn er nicht auf lange Zeit hinter die schwebelnden Gardinen kommen wollte. „Wer Thiele?“ Befragte der Schritts eilte er nach dem hinteren Hause. Thiele flüchtete ihm weinend entgegen und warf sich an seinen Arm. „Ehe sie etwas sagen konnten, trat Frau Binder mit Regenmäher aus dem Nebenimmer.“ Wer das Gesicht der Frau Hoffmeister sah, der begriff sofort, daß sie von den politischen Vorgängen wohl unterrichtet war; das behagte auch Regenmäheres von höchstem Triumph glänzende Gesicht. Thiel wußte nur auch, daß der Kurs seiner Verhältnisse sich bei Frau Hoffmeister unter Null gekürzt war. Frau Binder rief ihre Tochter von Thiel weg, stellte sich breit vor ihn und fragte: „Was gehts man zu tun?“ „Ich muß heute noch abziehen.“ antwortete Thiel. „Wah! Sie Regenmäher böhnlich, mit der Republik ist's zu Ende.“ Thiel sah, daß sie es seinen Feind nicht.

„Wouise!“ sagte Thiel, „ich — — —“ „Meine Tochter kann keine Gemeinschaft mit einem Hochverräter haben.“ sagte wiederholt Frau Binder. Wouise stieß einen Schrei aus. „Und wenn sie diese Gemeinnachtheit dennoch fortsetzen will, so wird sie entzerrt.“ fuhr die Hoffmeisterin fort. „Was geschieht es zu tun, Wouise?“ fragte Thiel mit zitternder Stimme. „Sie keine Antwort, sondern verhällte schluchzend ihre Antlitz mit der Schärze.“ Da begriff Thiel, daß auch in diesem Hause für ihn nichts weiter zu suchen sei. Er wandte sich und ging, von dem höhnlichen Gelächter Regenmäheres begleitet. „Wenn der Kerl nicht so viel Anhang unter dem Pöbel hätte, so hätte ich ihn verhaften lassen.“ meinte Regenmäher. Da flammte in Wouise noch einmal die alte Wut auf. „Als er die Macht hatte.“ sagte sie, „hätte er Sie getreten können, und er hat es nicht getan.“ Regenmäher ward rot und verzog, Wouise aber sog sich auf ihre Zimmer zurück. — Thiel suchte seinen Grimm und Gram möglichst niederzulegen und eilte nach der Wohnung des Wabermeyers Stuebel. Auf dem Wege begegnete er Karoline Stuebel, die ihm sagte, daß der Bauer auf ihr wartet. Sie traten stumm; auch Müller war da, und die drei wurden gleich eilig, daß ihres Weidens nicht mehr sei. Sie waren am meisten leidend und mußten fliehen, von den schon frisch auftretenden Revolutionen selbgenommen zu werden. Wie gehen nach Amerika und schiffen und dort eine neue Heimat.“ sagte Stuebel. Die anderen stimmten bei. „Und ich gehe auch mit.“ sagte Karoline und sah mit ihren glänzenden braunen Augen Thiel so ruhig an, daß dieser darüber betragte den Drog und die Gefahr des Augenblicks vergehen hätte. — Sie entkamen glücklich und fanden in Amerika, was sie suchten. Thiel erwarb sich eine angenehme Stellung als Handlungsgeher einer großen Zeitung. Karoline Stuebel wurde sein Weib und ließ es ihn nicht bedauern, daß er nicht Schwiegerknecht der Frau Hoffmeisterin Binder geworden war. Im Morgen und der Schicksal Thiels und Stuebels rächen die Bayern ein und zurückstamm folgten die Bürger-

weh. Darauf wurden die Soldaten in Bürgerquartiere gestellt, wozu die Bürger sehr lange Gefährte machten. Jedermann hatte gespannt der Dinge, die da kommen sollten. Namentlich war man neugierig, was der Fäkt tun würde. Gegen Abend wurden Plakate angehängelt die eine Proklamtion Erichs des Reunundzwanzigsten enthielten. Darin dankte er nochmals für die Unterstützung der Bürger an seinen im Reichsamt regierenden Weib, indem er darlegte, warum ihm das Regiment verleiht sei. Es heißt dann: „Es war mein Prinzip, mein Volk glücklich zu machen. Aber die Verhältnisse haben sich geändert. Auf das freudige ist jedes Band zerfallen; der scharfsichtige Unban ist auf mein unglückliches Haupt geschallt. Nicht die Erhebung Deutschlands, sondern die Waffe von Gebärmlichkeit, die in der flachstenglerci eines kleinen Staates mit dem Witz aufzutauche, hat mich vertrieben. Im Anfang gänzlich Unkunde und Schwäche der Zivilbehörden, durch die die Bürger sehr großzügig ward; sie ging von meiner Weibens aus und hoch, weiter freudig, alles an. Da ist mein Verbleiben unmöglich, und es ist mein Prinzip, nichts halb sein zu wollen.“ Und so weiter. „Ander,“ hieß es dann, „ich kann meine Ehrlichkeit auf den mit von meinen sehr geliebten zwei Herben nicht in Gersdorf herumtragen. Verb Wohl!“

„Erich LXXXIX.“ Da lagten nun wieder hochste Leute und praaden wie damals, als man die süßlichen Herbs requirierete: „Wenn es nicht Pferde genug hat, dann soll er auf seinen Prinzipien herumreiten.“ Nur, daß man es diesmal nicht laut zu sagen wagte, sondern es sich ins Ohr flüßerte. Die Kommiffare von Frankfurt kamen nicht; daran hätte man abgesehen. Wohl aber kamen Kommiffare der benachbarten Regierungen, um eine Neuordnung des Staates vorzunehmen. Sie dachten, daß das Rändchen mit dem Gebiet von Erich Better bereitigt wurde. Die Bayern lagen mehrere Monate im Quartier und bemägen sich manchmal so ungebührlich, daß sie davon den Namen Straßbären erhielten. Die Gersdorfer aber dachten noch lange an ihre Revolution und wie sie einmal die Freiheit gehabt. — Ende.

von und die Verfassung des Parlamentarismus, die im Reichsland herbeigeführt worden ist, das angeblich nicht mehr über Vertrauen und Mißtrauen, sondern über die Größe des Wahltums abgemessen werden muß, und die eine negative Haltung der Unbegünstigten entgegenstellen könnten, was die Regierung überhaupt sich nach längerer Zeit am Ruder halten wird. Über gewiß nicht nach der Sozialdemokratie, sondern nach der Sozialdemokratie. Wir hoffen, daß wir die preußischen Wahlen den Totenkopf geben werden. Kommt sie schon vorher, um lo besser.

Diesem ganz einheitlichen und klaren Gehaltengang haben wir in den letzten Tagen wiederholt entwidelt, und es ist ein recht harmloses Betragen, wenn Freiheit und Berliner Tagblatt sich um die Worte bemühen, ihn nicht verstehen zu wollen.

Die Abstimmung in Ober-Sachsen.

München, 3. Jan. In den „Münchener N. N.“ schreibt der bekannte Staats- und Rechtslehrer Geheimrat Professor Dr. Whilipp Jörn zur Frage der Abstimmung in Ober-Sachsen: Jede Abwendung von dem Rechtsweg der einheitlichen Gemeinbestimmung ohne Zustimmung aller Vertragsparteien macht die Abstimmung nichtig. Wenn die Sozialisten die Abstimmung erteilt, die Abstimmung der nicht im Abstimmungsgebiet anliegenden Stimmberechtigten hätte als die Abstimmung der einheimischen Stimmberechtigten stattfinden zu lassen, so ist dies eine direkte und schwere Verletzung des Artikels 88, das heißt der ihm beigefügten Anlage 8 4, 4, 4 und 5. Diese schreiben eine einheitliche Abstimmung aller Gemeinbestimmten ohne Unterschied von Geburt und Wohnort vor. Jede andere Art von Abstimmung ist vertragswidrig und ohne Zustimmung Deutschlands nichtig.

Die Forderungen des Braunschweigers.

Braunschweig, 3. Jan. Das staatliche Presseamt wendet sich gegen die Behauptung des Reichstreters des vormaligen Herzogs von Braunschweig, wonach das Ministerium die Forderungen des herzoglichen Hauses in wesentlichen Punkten unrichtig wiedergegeben haben soll und erklärt: Der Reichstretter des Welfenhauses hat nach Bekanntgabe der herzoglichen Forderungen im Landtag einige unwesentliche Änderungen des Verhandlungsprotokolls veranlaßt, durch die insbesondere in der ersten Mitteilung bekanntgegebene Höhe der Forderungen selbst in keiner Weise berührt wird. Die Forderungen, wonach der fünfte Teil aller Kammergüter zehrenden Domänen, das Schloß Blankenburg, das Landgestüt, das Landesmuseum und die Mobilien sämtlicher Hofbesitzungen gefordert werden, entspricht durchaus den Tatsachen.

Kommunistischer Jubel.

Ein neuer großer Sieg der revolutionären Arbeiterklasse, so verkündet frohlockend die „Rote Fahne“ den Besiegten des französischen Parteitag von Tours zugunsten der dritten Internationale. In Wahrheit bedeutet dieser Parteitag, daß die Kommunisten auch in Frankreich ihr Ziel erreicht haben: die von Tausenden geschaffene Einheit ist in zwei oder drei Stufen zerfallen worden und die französischen Arbeiter sind noch schwächer als sie vorher waren. Das deutsche Revolutionär Forum die Hoffnung auf Hilfe und Rettung durch die französische Arbeiterklasse für absehbarer Zeit nunmehr ruhig einlagern. „Großer Sieg der Kommunisten!“

Die Steuerzinsen Ertrages. Der Meldung einer Zeitungskorrespondenz zufolge hat die Finanzverwaltung die von ihr bisher bearbeiteten Steuerzinsen Ertrages an die Staatsanwaltschaft gegeben, die nunmehr die weitere Untersuchung führen wird.

Die Steuerhinterziehung.

Warum die kleinen Einkommen so stark bestraft werden, warum die Vermittler sogar ihren steuerlichen Einkommen für bezahlten Fall müssen, versteht man aus nachfolgendem, wirklichen Vorfall.

Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ hat folgendes Zirkular veröffentlicht:

Silzig und wichtig für jeden,
der beschäftigt ist an
Reichseinkommensteuer zahlen will!
Magdeburg, Datum des Postempfels.
Geheert Herr!

Von allen neuen Steuern wird die Reichseinkommensteuer die am meisten drückendste werden. Nehmen wir an, daß Sie im Jahre 1920 ein steuerpflichtiges Einkommen von 50 000 Mark gehabt haben, so werden Sie davon für die Steuerjahre 1920 und 1921 eine Reichseinkommensteuer von zusammen über 27 000 Mark zu entrichten haben, für ein Einkommen im Jahre 1920 100 000 Mark betragen, so beträgt die Steuer für die beiden Jahre fast 60 000 Mark, von einem Einkommen von 200 000 Mark würden Ihnen in den beiden Jahren bereits annähernd 168 000 Mark vorgezogen.

Unter diesen Umständen gerieren sich Hunderttausende den Kopf darüber, wie sie sich diese schwere Last erleichtern können, ohne dabei gegen die Gesetz zu verstoßen.

In der Tat gibt es ein Mittel hierzu, es besteht in der Umwandlung des geschäftlichen oder landwirtschaftlichen Betriebs in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung — G. m. b. H. — wenn der Großkapitalist in der Beteiligung an einer solchen Gesellschaft. Dieses Mittel führt unter gewissen Voraussetzungen, die nach unserer Überzeugung auch bei Ihnen vorliegen werden, und unter Anwendung gewisser Maßnahmen, die Sie nötig in Ihrer Hand haben, dahin, daß der betreffende Steuerpflichtige, soweit ein geschäftliches Einkommen im Betrage kommt, die Reichseinkommensteuer nicht nach der Höhe dieses Einkommens, sondern nach demjenigen Betrag zu entrichten hat, den er aus diesem Einkommen für seinen Privatbedarf herausgibt. Für die Steuerjahre 1920 und 1921 ist dieses Mittel an sich nur noch in geringem Maße überzogen nicht mehr wirksam. Es ist uns jedoch gelungen,

auch für diese beiden Steuerjahre einen Ausweg in der Weise zu finden, daß bei der Umwandlung in eine G. m. b. H., wenn Sie noch in diesem Jahre erfolgt, der Geschäftsbetrieb des Kalenders oder Betriebsjahres 1920 ganz oder zum erheblichen Teil aus der Welt geschafft wird, so daß dann für die Steuerjahre 1920 und 1921 das geschäftliche Einkommen des Jahres 1920 überhaupt nicht oder nur zu einem geringen Teile zur Reichseinkommensteuer herangezogen werden.

Um aber alle diese Fragen den weitesten Kreisen erschöpfende Auskunft erteilen zu können, haben wir diese in einem von unserem Geschäftsführer, Herrn Referendar a. D. Deboget, der hierüber seit langen Jahren mit bestem Erfolg als Steuerjurist praktiziert, versehenen kleinen Büchlein unter dem Titel „Das wichtigste geschäftliche Mittel zur beträchtlichen Ersparnis an Einkommensteuer. (Betrifft nur Personen mit größerem gewerblichen Einkommen sowie Grundbesitzer und Großkapitalisten)“ zusammengestellt und erteilen die Auskunft über die oben berührten Fragen durch Zulassung dieses Büchleins, wobei wir für diese Auskunft gemäß den gesetzlichen Bestimmungen einfließen. Mit Rücksicht auf die Haftung, den ungewissen Nutzen, den Sie aus unfern Ratschlägen möglichst weite ziehen, und den Umstand, daß Sie anderweit in unfern Büchlein enthaltene Belehrung kaum werden erhalten können, bezeichnen wir für diese Auskunftserteilung ein Honorar von 20 Mark, wozu noch für Druckkosten und Versandung 0,50 Mark, für Nachnahmeposten weitere 0,80 Mark treten.

Da die in Rede stehenden Maßnahmen sorgfältiger Überlegung bedürfen, andererseits aber auch keinen Bezug haben, wenn die Ihnen schon für die Steuerjahre 1920 und 1921 ausgeben können, so empfehlen wir sogleichige Bestellung, für welche wir eine Karte belegen.

Die Abienung erfolgt ausschließlich gegen Vorauszahlung auf unser Postkonto Berlin Nr. 96 035 oder gegen Nachnahme. Wir bedanken nachdrücklich, daß sich alle unfern Ratschläge auf geschäftlichem Boden bewegen.

Sachhaltungslool

Magdeburger Steuerberatungs-Gesellschaft m. b. H.

Es gibt also mancherlei Erwerbsmöglichkeiten. Man kann sich mit einem Anstand eine gute Existenz gründen, wenn man Ratshilfe erteilt, wie der Staat auf geistlichem Wege um die Steuern zu beitragen ill. Vielleicht wird dem Herrn Unternehmer aber doch das Geschäft verdorben, denn zunächst macht der Staat ja gar keine Anhalten, Belohnungen einzuführen, sondern ill der reiche Steuerzahler der Mühe entzogen, mit seiner Hilfe eines Steuerbüros, bureau den Staat zu betreiben. Die jetzige Steuerverwaltung ist lo glänzend, daß es nicht einmal einen Zweck hat, Steuerbüros zu gründen. Dem Arbeiter zahlt man allerdings regelmäßig seine 10 Prozent vom Lohn ab und stellt ihm auch noch einen Nachtragssteuerzettel in Aussicht.

Aus Helferrichs Glanzzeit.

Riesenschindel bei der Wumba.

In der holländischen Gegend ist es durch Zufall gelungen, einen Riesenschindel anzufinden, der aus der Glanzzeit der Hohenzollernmonarchie und ihres Trabantens des Helferrich, kam. In der Nähe von Emmerich, wo stets ein starker Schmuggelverkehr herrschte, wurde vor etwa sechs Wochen ein Mann angehalten, der größere Summen in Effekten bei sich führte, die er nach Holland schmuggeln wollte. Bei seiner Vernehmung gestand er, daß er im Auftrage eines Fabrikanten Heng in Essen handele, der eine Anzahl Personen für den Kapitalismus in seinen Diensten habe.

Durch das Landesinsangam in Essen wurde der dortige Fabrikant Heng überredet und dabei ermittelt, daß dieser jetzt ein Vermögen von nahezu 45 Millionen Mark besitzt und mehrere Fabriken sein eigen nennt, während er vor dem Kriege in Berlin als Tischler eine kleine Werkstatt besaß, jedoch in äußerst schlechten Verhältnissen lebte und ohne Gehellen arbeitete. Nachforschungen ergaben, daß Heng während des Krieges von der „Wumba“, den Waffen- und Munitionsfabrikanten in Essen, einen Auftrag zur Lieferung von Munitionsteilen in solcher Umfange erhielt, daß er sich nicht ausführen konnte, sondern die Fertigungen weiter vergab und auf diesen Wege an der Spitze 6 bis 7 Mark verdiente. Die Aufträge aus der „Wumba“ nahmen einen immer größeren Umfang an, so daß der kleine Tischler schließlich eine Art Monopol für Munitionsteile und später für Gerätewagen erhielt.

Es wird dem Heng zur Zeit gelegt, daß er die Lieferungen die er der „Wumba“ in Rechnung stellte, gar nicht in voller Höhe ausgeführt hat, und daß er gefälligen Beamten Provisionen für die Ueberweisung von Aufträgen gezahlt habe. Die bisherigen Feststellungen haben den Verdacht lo weit verdichtet, daß über das Vermögen zweier Essener Fabrikanten und verchiedener ehemaliger Angestellten der „Wumba“ Streit verhandelt worden ist. Außer dem Heng sind bisher in Haft genommen der Wüstinghof und Dipl.-Ing. Heering, ein Oberleutnant und ein Hauptmann Beschold, ein Beamter der „Wumba“, namens Goetze und ein Kaufmann Meusch aus Essen. Die Summe, um die die Wumba betrogen sein soll, läßt sich noch nicht übersehen, man spricht von 40 Millionen Mark.

Es handelt sich bei diesen Vorkommen zweifellos nur um eins der üblichen Kriegsgeschäfte, die die „neuen Reichen“ zu Hunderten haben entziehen lassen. Da sie sich abspielten in einer Zeit, da Herr Helferrich in der deutschen Regierung Wilhelmstönungsbewand war, ill deswegen wichtig, weil dieser neue deutsche nationale Kämpfe gegen das — Schiebertum in der Republik sich einen besonderen Heiligenschein erwerben will. Die „Wumba“ war eine Schöpfung des Krieges, um das bekannte Hindenburgprogramm der Massenfabrikation von Kriegsgüter an jeden Preis sicherzustellen. Helferrich als Reichsfinanzminister und späterer Budgetminister war für diese Geschäftsgewinn mitverantwortlich. Danach wird er heute davon nichts mehr wissen wollen. Er hat ja sozial damit zu tun, die demokratische Republik anzukämpfen und „Ergebnisse“ nachzukämpfen. Wie sollte er da Gelegenheiten haben, sich um die Schieburger aus seiner Glanzzeit

unter der Hohenzollernmonarchie sonderlich aufzutragen? Dalmer und Guts-Hoffnungsbüste sind ja auch noch unzerlegt.

Dagegenüber tritt es wie ein blühiger Hof, wenn im Schwelmer Kreisblatt vom 29. 12. 20, ein Aufsatz des dortigen Deutschnationalen Kreisvereins erscheint, in welchem die „Gezeiten“ Helferrich zur Vermählung mit einer Freifrau beglückwünscht wird. Es heißt dort:

„Wir Deutschnationalen Männer und Frauen wünschen diesem stolzen Manne Segen und Glück in Familie wie für den Dienst am Vaterland. Wir zählen Erhellung Helferrich voll freudigen Stolzes zu den Unseren. Von dem Tage, wo er dem Feind des Reiches — Erzberger — die demokratische Maste vom Gesicht riß, haben wir die aufsehende, kampfesgehende und erfolgreiche parlamentarische Arbeit Helferrichs mit besonderem Dank bewundert. Möge der heutige Tag ein Sinnbild sein, daß, wie die persönlichen, auch die Bande deutschen und nationalen Empfindens mit Erhellung Helferrich fester um unsern Kreis sich löstigen möchten.“

Wenn man diese, im schauerhaften Deutsch zusammengetragenen Wörtern glücklich zerlegt und mit 20 und 20 etwas Inhalt gefunden hat, so bewundern demnach die Schwelmer Deutschnationalen Männer und deren Frauen diesen stolzen Mann! von dem Tage ab, wo er nicht mehr zum Schanden des Reiches im Vorkriegsladen des Reichsgerichtssekretariats hauen konnte.

Viel Glück den so fest mit Helferrich umfingeneu Mannen aus Schwemmit!

Soubour über seine Eindrücke in Deutschland.

Das Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bringt in seiner Nr. 52 vom 25. Dezember 1920 die Uebersetzung von zwei Berichten, die Genosse Soubour in Nr. 36 und 37 des französischen Gewerkschaftsblattes „L'Atelier“ über seine Eindrücke im besetzten Teile Deutschlands veröffentlicht hat. Diese Berichte sind um so anerkennenswerter, als ohne Zweifel ein belandener Mut dazu gehört, im heutigen Kampfbewusstsein und imperialistischen Frankreich solche Wahrheiten öffentlich zu sagen. Soubour schreibt unter anderem:

„Es ist durchaus unsere Pflicht, der öffentlichen Meinung in Frankreich zu sagen, daß man sich bemüht, die zu verwirklichen und zu säubere, es ist durchaus unsere Pflicht, daran zu erinnern, daß die Arbeitgeber, an der Spitze des jetzt die von ihnen Rekrutierten in Spa eingegangenen Verpflichtung vollständig erfüllt haben. Und die gleiche Sorge für die Wahrheit verpflichtet auch, zu sagen, daß die Entente nicht die die Sorgfalt dafür gehabt hat wie die Arbeiter, ihre Verpflichtungen einzuhalten.“

Die Besetzung des Ruhrgebiets? Wir haben uns von der tiefen Erregung zu überzeugen können, die die Bewohner dieses Gebiets in dem Fall ergreifen würde. Die Besetzung des Ruhrgebiets wäre sofort das Zeichen eines Generalstreiks.“

Die Arbeiter des Ruhrgebiets machen beträchtliche Anstrengungen, arbeiten mit allen Kräften, um die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Man darf aber nicht darauf rechnen, daß sie unter dem Druck der Bajonette denselben Eifer entwickeln würden. Und noch eins. Man kann alles von ihrem guten Willen erwarten; man kann aber nichts von ihnen unter einem Scharfem regiment erwarten.

Sie haben, weil sie so denken? Wer wird es wagen?

Wir sind zurückgekommen mit dem lebhaften Eindruck (um nicht mehr zu sagen), daß die Besetzung des Ruhrgebiets von dem Großkapitalismus Deutschlands, von der Stinnespartei, gewünscht werde, von der ein Leiter eines großen Betriebes uns als „ausländische Feinde“ bezeichnet hat. Und warum? Weil diese Besetzung der Ruin der Pläne zur Sozialisierung des Bergbaues sein würde, die zurzeit jenseits des Rheins erwogen werden.

Wir haben uns überzeugen können, daß das Unternehmertum auf die Soldaten der Entente rechnet, damit diese ihnen bei ihren reaktionären Bestrebungen helfen.

Wenn man die Leiden der deutschen Arbeiterbevölkerung in Abrede stellt, so lügt man! Wir haben sie gesehen. Wir haben die Kinder dieses Gebiets gesehen. Abgelehrt, ohne Rücksicht, erschöpft, frühzeitig gealtert. Außerlich laubig gehalten, jedoch in 8 von 10 Fällen ohne Heilmittel. Wir sind unerwartet zu den Wahlen der Arbeiter gekommen, und als wir uns einfinden, fragten wir uns, es ist möglich, daß Familien von 8 Personen mit durchschnittlich 50 Mark täglich auskommen können. Das ist annähernd ebenso, wie wenn man von ihnen verlangen würde, in Paris mit einem täglichen Einkommen von 8 bis 9 Fr. auszukommen. Wir haben die Jünglinge gesehen, die ausgezehrt jungen Leute; wir haben bemerkt müssen, daß eine ganze Generation geschädigt, blutarm, zur Ueberholungsperiode verdammt ist, wenn diese Verwüstung auch noch weiter geht.

Ein solcher Stand der Dinge kann nicht andauern, wenn man die Menschenrechte nicht daraus verneinen will. Wir haben nicht alle Forderungen unterdrückt, die man uns unterbreitet hat; wir müßten sogar genug Fortschritte gemacht haben — das Wort ist nicht zu hart, weil die sich auf amtliche Erklärungen unserer französischen Mitarbeiter beziehen. Wir haben darum aber um lo mehr das Recht, auszusprechen, daß die Entente auf Grund der eingegangenen Verpflichtungen zu Schritten gezwungen hat, und daß diese Stellung von uns nicht geilligt werden soll. Die Frage nach den Kohlen, die wir gebrauchen, die die Deutschen gebrauchen, kann durchaus nicht gewalttätig gelöst werden. Die

Mein diesjähriger

Inventur-Ausverkauf

bei jeder Gelegenheit zu äusserst vorteilhaften Einkäufen in allen Abteilungen.

Wedely-Pönicke,

Leinenhaus · Wäschefabrik
Halle a. S., Leipzigerstrasse 6.

Nicht die Preise allein, die Qualitäten geben den Ausschlag.

Partei-Angelegenheiten.

Die Disziplinierungsarbeiten in diesem Monat finden am Donnerstag, den 6. Januar, abends 8 Uhr, in den bekannten Sälen statt. Auf Tagesordnung steht die 'Note B' des Vergleichsprotokolls über das Parteistatistik...

Aus dem Stadtkreis.

Salle, 4. Januar 1921.

Ein erstes Wort an alle Genosseninnen und Genossen!

Das angebrochene Jahr wird uns vor nicht minder jäheren Aufgaben stellen als das vergangene. Wer die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, welche sich trotz aller uns zusammenhalten, zu würdigen versteht, der wird über die Notwendigkeit einer intensiven Parteiarbeit nicht im Unklaren sein. Die Anforderungen der Reaktion, wieder in den Sattel zu gelangen, sind ungeheuer. Im öffentlichen politischen Leben, in den Schulen, sogar in der Kirche wird von den dunklen Treibern, den Lehnleuten des Sozialismus, von dem monarchistisch gekleideten Mittelstand, der Republik am Zeuge zu fassen und die Sozialdemokratie zu verunglimpfen. Das reaktionäre Gerede ist drun und dran, das Volk von neuem zu unterjochen. Jede politische Gleichberechtigung würde aufhören, wenn die kapitalistisch-monarchistische Spitze wieder aus Kader gelangt. Die Gefahr von rechts ist größer als wie viele unserer Anhänger glauben.

Was ist nun unsere Pflicht? Nur die Partei wird im politischen Kampf Sieger bleiben, die nicht nur über die meisten Mitglieder, sondern vor allem über die meisten Kämpfer verfügt. Kämpfer sind ich aber noch nicht, wenn ich nur meine Beiträge bezahle und dann und wann die Parteiverträge lese. Bei uns Sozialisten wird mehr verlangt. Für uns heißt es: Arbeit, Arbeit in dem Maße, wie die Verhältnisse, an der Agitation, an der Beteiligung an der vielfältigen Kleinarbeit sind die Partei. Überall manneht unsere ganze Gesundheit und Ziele vertreten, neue Mitglieder für die Sozialdemokratische Partei, neue Leute für die 'Volksstimme' werden, muß unsere Genosseninnen und Genossen darunter eine fruchtbar Arbeit sein. Darin darf es kein Ausruhen, keinen Stillstand geben, wenn wir nicht den fürchterlichen Vorkommnissen uns loben wollen, durch unsere Sammelkraft und Vorhut über unser Volk neues schweres Ansehn gebracht zu haben. Fragen von weitgehender Bedeutung stehen in nächster Zeit zur Entscheidung. Sie werden so gelöst werden wie das Volk es will - wenn die Massen darüber aufgeklärt sind. Mit einer stumpfen, gleichgültigen Masse wird die Reaktion sich wieder treiben und ihre alten Herrschergelüste befriedigen. Zur Aufklärung aber trägt es bei, wenn wir regelmäßig die Parteiveranstaltungen besuchen. Hier wo die Waffen für den Kampfsport geschärft werden, wo über einschlägige Wege in der Ausbreitung unserer Ideen beraten wird, ist der Sammelpunkt aller Mitkämpfer für den Sozialismus. Die Disziplinierungsarbeiten gehören dazu. Sie zu wirklichen Stützen fruchtbringender politischer Aufklärung zu machen ist eine Hauptaufgabe der Partei.

Alle Genosseninnen und Genossen, die sich zur Sozialdemokratischen Partei, zur größten und politischen Partei offen und frei bezeichnen, müssen zu den Disziplinierungsarbeiten erscheinen, um hier mitzubereiten über die Fragen der politischen Taktik, wie über alle Zweige der Parteiarbeit. Am kommenden Donnerstag, den 6. Januar, finden in den bekannten Disziplinierungssälen, abends 8 Uhr, Versammlungen statt, die sich mit einer außerordentlich wichtigen Tagesordnung zu beschäftigen haben. Vom 13. bis 23. Januar soll für unsere hiesigen Genossen eine 'Note B' stattfinden. In den Vorbereitungen dazu müssen sich alle Parteimitglieder beteiligen.

Ein schwärzerer Tod für unsere Klassenkämpfer.

Der jüngst verstorbene Komponist Max Bruch hat unteren östlichen Großstädten des Deutschen eine harte Saat zu finden ausgesäet. Zwar der echt deutsche Grundcharakter seines musikalischen Schaffens konnte nicht auf angewieft werden und ist auch in den Klängen der völkischen Presse rühmend hervorgehoben worden. Aber es waren doch zu viele 'dunkle Punkte' im Leben dieses Mannes, die nicht mögen müssen. Zunächst sein Name: Max Bruch? Sollte der Name nicht Bruch heißen haben? In der Tat tauchte in antikemischen Blättern immer wieder die Behauptung auf, und der Komponist hat, wie man weiß, 'unter diesen Verdacht' schwer gelitten. Auf dem Gebiete höherer Kammerinstrumente, Saiten- oder Blasinstrumente, sind mehrere wichtigen Symphonien und Sinfonien geschrieben worden, die auch die bekannte Kompositionen der bürgerlichen Frauenbewegung Minna Cauer zu einer früheren Kaufrau, der verstorbenen Verleger des Berliner Tageblattes Rudolf Wölfe zu einem früheren Juden Moses, den in Triest von italienischen Eltern geborenen Mollis zu einem früheren Molise, den Begründer der sozialdemokratischen Lehre Karl Marx zu einem früheren Marxisten, das Haupt der Bolschewisten Lenin zu einem früheren Lenin gestempelt haben u. a. mehr. Sun aber war auch Bruch Berdegang durch sein musikalisches Schaffen höchst verdächtig. Sein eriter Lehrer am Kölner Konservatorium war Ferdinand Hiller, ein Jude. Sein weitberühmt gewordenes Violinconcert in G-Moll wurde aus der Schule verboten von Joseph, wiederum einen Juden. Und sein zweites berühmtes Werk ist das Rasolische, gegen dessen Veröffentlichung in einer christlichen Kirche zu stehen erst die Bremererben Antifemiten den bekannten Entwürfnisnummer in Szene gesetzt haben.

Sun steht zwar freilich die Genealogie der Familie absolut klar, der richtige Stammbaum ist nicht anzufassen. Auch nicht können wir Mittelalter in Gäß-Verbindungen beheimatet war und der Mittelwelt in den letzten zwei Jahrhunderten fast ausschließlich Hofkonzern und Juristen beherrschte. Aber, aber: Altemer lebt, wie Dr. Paul Cornelius in seinem Nachruf in der 'Kreuzzeitung' (17. 10.) mit tiefem Schmerz feststellen muß, die unüberwindliche Scheidung seiner Weltanschauung gegenüber. Bruch ist jüdisch aus. Daran kann gar kein Zweifel sein. Ueber diesen Punkt herrscht heute noch keine Klarheit.

Es ist das nicht fürderlich? Man möchte das echt deutsche Empfinden des Meisters gern anerkennen und wird doch die Verfolgung nicht los, das das das ein 'Mittelalter' geworden sein, wie die Wahrheit auch mit der neuesten wissenschaftlichen Entdeckung der Antifemiten, dem Bürgerlichen Kampferwehren, nicht mehr zu ermitteln. Diese Schädeldimension, welche die weltliche oder zeitliche Abkündigung absolut sicher nachweisen soll, hat ja längst Herr Philipp Stauff den bekannten 'Mittelalter' gegeben. Prof. Dr. Stauff hat seinen eigenen 'Mittelalter' in Gäß gegeben, und die Stauffeigenen (Stauffe) Kisten, um ihm ein Beweiss zu liefern, daß er jüdischer Abstammung ist, welcher Stauff sich zu unterziehen Herr von Wittenberg aber hartnäckig weigert.

telligen. Weiter steht der Vergleichsprotokoll über die Parteistatistikangelegenheit, den wir nachstehend veröffentlichen, zur Debatte und zur Abstimmung. Die Genosseninnen und Genossen haben zu entscheiden, ob sie dem Vorschlag der geistigen Funktionärseinstellung, dem Vergleichsprotokoll zustimmen, betreten. Da in der kommenden Woche noch eine Mitgliedererhebung der Partei stattfinden soll, müssen auch hierzu die Genossen Stellung nehmen und Anregungen, Wünsche usw. bereits in den Disziplinierungsarbeiten zum Ausdruck bringen. Genosseninnen und Genossen! Eine reiche Arbeit harret unser. Wir werden sie bewältigen können, wenn sich alle Parteimitglieder bewußt sind, was auf dem Spiele steht sobald die Reaktion Oberwasser bekommt. Die kommenden politischen Kämpfe müssen uns gewappnet finden. Deshalb darf kein Genosse mehr zurückbleiben, wenn es gilt Parteiarbeit zu leisten. Jeder Ausflieger der Partei ist ein Ausflieger der gesamten proletarischen Klasse. Nun auf zur Tat!

Auf zum Protest!

Gegen Gewalt und Unterdrückung, Gegen die Blutrurteile der ungarischen Besatzmächte. Gegen jeden Terror von rechts und links soll morgen,

Mittwoch abend 7 Uhr in Wilsdorfs Seelwälderhaus protestiert werden.

Ein Berufener, der selbst den ungarischen Helfern entgangen

Gen. Richard Schwarz,

Budapeß,

ehemaliger Redakteur der Budapeßer 'Volksstimme', wird über

'Angen und die Lehren des weißen und roten Terrors für Deutschland'

sprechen. Genosseninnen, Genossen! Sorgt für einen Massenbesuch.

Die Auseinandersetzung über das Vermögen des alten Sozialdemokratischen Vereines.

- 1. Volksblatt. Keiner der Beteiligten hat das Recht, ein Blatt dieses Namens herauszubringen. Die G. m. b. H. wird aufgelöst, die R. P. D. zahlt an jede der beteiligten beiden anderen Parteien 70 000 M. Die Angehörigen des Verlages und der Partei, Günther, Otto und Weder, erhalten ihre Gehälter bis 31. März d. J. von der R. P. D. Diese übernimmt sämtliche Aktien und Posten. Die G. P. D. behält bis das Recht vor, durch einen vereidigten Buchprüfer die Bilanz prüfen zu lassen. 2. Bezirksorganisation und Lokalorganisation Halle. Die R. P. D. übernimmt sämtliche Verpflichtungen und zahlt an die U. S. P. 10 000 M. Sie behält sämtliche Aktien. 3. Durch dieses Abkommen sind sämtliche gegenseitigen Ansprüche erledigt, auch die im Prozeß befangenen. Die Anwaltskosten trägt jede Partei selbst. 4. Imterbats 14 Tagen ist die Zustimmung der Organisationen betragenden und die Auflösung der G. m. b. H. anzunehmen. Wenn dann kein sofort von der R. P. D. an die U. S. P. 30 000 Mark

am an die U. S. P. 40 000 M. zu zahlen. Der Rest von je 40 000 Mark ist bis zum 1. April 1921 zu zahlen. Die Produktionsgenossenschaft G. m. b. H. für den Bezirk Halle-Merseburg übernimmt die Verbindlichkeiten der R. P. D. In Ausführung dieses Abkommens treten die bisherigen Mitglieder G. P. D. und U. S. P. alle etwaigen Ansprüche an Schuldner der Organisationen an die R. P. D. oder Produktionsgenossenschaft ab.

Dr. Müller, Herzfeld. Für die U. S. P.: W. Herzfeld. Für die R. P. D.: Alfred Deisner, Georg Schumann, Arthur Sämlich. Für die Produktionsgenossenschaft G. m. b. H.: Fritz Halle, für den Bezirk Merseburg: A. Deisner, Georg Schumann, Arthur Sämlich, H. Jägerstein, Alfred Lenz, Fritz Roth, Franz Günther. Für die U. S. P.: Franz Peters, Karl Reisinger.

Das Auseinandersetzungsabkommen zwischen G. P. D., U. S. P. und R. P. D. vom 31. Dezember 1920 wird seitens der Funktionäre der U. S. P. angenommen, jedoch mit folgenden Zusätzen und Einschränkungen:

- Zu 1: Die G. P. D. hat allein das Recht ihr Blatt als sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle und die Unterbezirke zu bezeichnen, die anderen Parteien haben dieses Recht nicht. Zu 4: Die von der R. P. D. zu zahlenden 70 000 Mark sind alsbald an den Anwalt der U. S. P. D. zu zahlen. Sofort nach Zahlung der 70 000 Mark ist die Auflösung der G. m. b. H. sofort anzunehmen. Bis zur Anmeldung der Auflösung der G. m. b. H. wird der Anwalt der U. S. P. D. den gezahlten Betrag als Treuhänder verwalten. Das Geld ist sinnsbar anzulegen, bis die Auszahlung an die U. S. P. D. erfolgen kann.

Die Proletenversammlung der Metallarbeiter

am gestrigen Abend war gerade nicht besonders stark besucht. Raum 1000 von den fast 10 000 Mitgliedern hatten sich eingefunden. Angenommen wurde natürlich eine gebührende Entschädigung gegen den Stützort Hauptbahnhof, das er durch seine handlungsweise sich als Feind der Arbeiterklasse erweisen habe. Notwendig ist es, auf sinnliche Logik einzugehen, die die kommunistische Ortserhaltung veranlaßt diese Entschädigung vorzulegen. Der Sachverhalt ist folgender: Die hiesigen Metallarbeiter wollen den Kapitalismus gerichtlich und auf den Trümmerhaufen, den die neue Ordnung des Sozialismus und Kommunismus aufrichten. Um dies zu erreichen, haben sie sich am 10. Dezember die neue Ortsverwaltung gewählt. Da der Hauptbahnhof diese noch nicht befähigt hat, vielmehr aus dem Besitze abgehenden Telegramm zu schließen ist, daß er die Befähigung verliert, so ist er ein Feind der Arbeiter.

Soll man gegen eine solche Konstitution wirklich noch etwas sagen. Das ist wirklich unnötig. Zu weit geht es aber, wenn die neue Bezirksbehörde nach der Abstimmung fast mit Gewalt konstituiert wird, auch die Gegner seiner kommunistischen simplen Auflösung hätten für eine Resolution gefordert. Da wird es in Zukunft notwendig sein, immer Zeitabschätzung zu beantragen, um die Stimmabgabe zu konstatieren zu können.

Nach Beendigung dieses ersten Punktes der Tagesordnung wurde eine vom Koll. Lämmel eingebrachte Resolution gegen die ungarischen Blutrurteile angenommen, den Wortlaut derselben finden die Leser in der gestrigen Ausgabe der 'Volksstimme' an erster Stelle. Wenn die Ortsverwaltung diese Entschädigung auch noch an die ungarischen Geschäftsherren abgeben, was nicht ausdrücklich gefordert war, aber in der Sache liegt, so wird die Verklammerung damit einen Punkt von größerer Bedeutung als den ersten erledigt haben.

Das Schulwesen.

Neue Promenade 13, eine Stiftung des hiesigen Lehrervereins ist nunmehr in rühmlichen Besitz übergegangen; doch bleibt es nach wie vor Mittwoch und Freitag, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, für

hübsch und also ärztlich angebracht ist. Am Ende bleibt die Entscheidung, ob, wann, wie stark und mit welchen Mitteln behandelt werden soll, nach wie vor dem Ermessen des Arztes anheimgestellt, der allein alle in Betracht kommenden Umstände zur Augen des Kranken berücksichtigen kann.

Die Unterbrechung der Schwangerschaft. Die Not der Mütter und der Kinder, die die Frage, ob die Mutter Herrin ihres Körpers und des werdenden jungen Menschen sein soll, zu einer brenden gemacht. Eine lebhafte Bewegung hat eingesetzt, um die Schwangerschaft zu erklären. Das Recht des Individuums freizusetzen hier mit dem der Gesellschaft, die Verantwortung mit der Zukunft, weltanschauliche wie ethische Klüften sind hier gleichbedeutend. Die medizinische Wissenschaft gibt keine eindeutige Antwort. Professor Scherhagen, der hervorragende Gynäkologe, nimmt eine ablehnende Stellung ein. Die Warnung, die er erklärt, soll hier gelöst werden, wenn damit auch keineswegs die schwierige Probleme für erledigt erklärt werden kann. Prof. Alderhalten schreibt:

Mit dem Eintritt der Schwangerschaft vollziehen sich im Organismus der Mutter gewaltige Umwandlungen. Ihr Körper bildet mit dem werdenden Wesen eine Einheit. Ganz neue Funktionen werden angebahnt. Kein Organ der Mutter bleibt unberührt. Die Unterbrechung der Schwangerschaft bedeutet für den ganzen Organismus eine schwere Katastrophe. Sie wird nur unter ganz günstigen Verhältnissen ohne bleibenden Nachteil überleben. Wir haben dabei nicht in der Hand! Das werdende Wesen bedingt nicht nur unumfassende Umgestaltungen in den verbleibenden Geweben der Mutter, darüber hinaus bedeutet die Schwangerschaft ein seelisches Erlebnis von tiefster Bedeutung. Der Verlust der Leibesfrucht bewirkt eine seelische Erschütterung, die in vielen Fällen durch das ganze Leben nachwirkt. Die Schwangerschaft bringt, die die Entzerrung eines werden. Des Wesens als einen unter den heutigen Verhältnissen unbedeutenden Eingriff darstellend, liegt in ihr größtes Widerspruch mit den Tatsachen. Jede noch so sorgfältig geleitete Entzerrung einer Leibesfrucht bringt große Gefahren in sich. Sie wird deshalb nur in Fällen durchgeführt werden dürfen, in denen vom Arzte die absolute Notwendigkeit anerkannt ist. Die erlaubte Unterbrechung der Schwangerschaft würde in tuzer Zeit die ganze Zukunft des Volkes untergraben. Alle Gebete sind nicht ungehörliche Kinder werden. Der Schwangerschaft werden wir geistliche Mütter. Die Kindesrangschaft würde nach unten. Vom Standpunkt der moralischen Verantwortlichkeit aus muß es den angehörigen Genossen mit aller Entschiedenheit gegen die Freigabe der Abtreibung Stellung genommen werden.

